

Renate Ullrich

Elfter Kinder- und Jugendbericht. Teil B (Bildung, Kultur, Teilhabe)¹

In diesem Bericht aus dem Bundestagswahljahr 2002 werden Lebenssituationen junger Menschen vor allem unter dem Aspekt der Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe entsprechend dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) untersucht. Im Zentrum des Berichtes stehen demnach sozial und / oder kulturell benachteiligte Kinder und Jugendliche.

Ebenso wie der 1. Bildungsbericht der Bundesrepublik stützt sich dieser Bericht nicht auf neue, sondern auf vorhandene Daten. Insofern handelt es sich um eine Bilanz. Dem Bericht beigefügt ist eine Stellungnahme der Bundesregierung. Als Tendenz fällt auf, dass die Bundesregierung die festgestellten Krisen- und Kritikpunkte akzeptiert, ein Zeichen, dass sie Bescheid weiß. Aber indem sie fortwährend bereits unternommene oder geplante Gegenmaßnahmen aufzählt, unterläuft sie die Kritik sofort wieder. Bei den Gegenmaßnahmen handelt es sich im Wesentlichen um die Bildung von Foren, um Beschlüsse und Empfehlungen. Es kommen häufig die Verben "sollen" und "müssen" vor. Die Stellungnahme beruft sich vor allem auf die Streitschrift des Bundesjugendkuratoriums "Zukunftsfähigkeit sichern - für ein neues Verhältnis von Bildung und Jugendhilfe" und auf den Abschlusskongress des "Forums Bildung", das die Bundesregierung bei ihrem Amtsantritt 1998 gegründet hatte (beides im Januar 2002). So stellt sich beim Lesen der Stellungnahme der Eindruck her, die Regierung sei auf dem Weg, die Probleme zu bewältigen. Der Bericht selbst vermittelt diesen Eindruck nicht. D.h., gleiche Fakten werden z.T. unterschiedlich bewertet. Während beispielsweise die Regierung betont, dass es circa 75.000 Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in der BRD gibt, in denen Teilhabe und Gemeinschaftsfähigkeit, Kreativität und Eigeninitiative der betroffenen Kinder und Jugendlichen entwickelt werden, spricht der Bericht von einer "unüberschaubaren Vielfalt an Formen, Methoden und Inhalten der Kinder- und Jugendarbeit in unterschiedlicher Trägerschaft - von Jugendverbänden über offene Einrichtungen bis hin zu einer Vielzahl von selbstorganisierten Initiativen". (11.KJB,199). Unüberschaubarkeit bedeutet auch Unübersichtlichkeit, Unkontrollierbarkeit. D.h., nicht nur die Vielfalt der Angebotsformen ist unüberschaubar, sondern in noch höherem Maße die Vielfalt der Angebotsqualität. Die Autoren des Berichts sehen sich außerstande, detaillierte Einschätzungen zu geben. Beispielsweise betonen sie mehrfach, dass das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) auf eigenverantwortliches Handeln junger Menschen in demokratischen Strukturen zielt. (199) Aber genau Angaben zu Teilhabe, Kreativität und Eigeninitiative der Kinder und Jugendlichen an Projekten der KJH können sie machen und sie unterscheiden deshalb lediglich modellhaft zwischen verschiedenen Graden an Teilhabe, die erreicht werden: 1. eher konsumierendes Mitmachen (Teilnahme); 2. bewusste Mitwirkung (Teilhabe); 3. aktivierende Mitbestimmung (Beteiligung). (199)

Wie dem Bericht zu entnehmen ist, ist die Qualität der Einrichtungen und Projekte sehr unterschiedlich, in Abhängigkeit von der finanziellen und materiellen Ausstattung und der Befähigung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

¹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.), 2002: :Elfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituationen junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin. Teil B (Bildung, Kultur, Teilhabe)

higung und Qualifizierung der Betreuer. Zieht man zum Vergleich Berichte zu speziellen Einrichtungen hinzu, so wird deutlich, in welcher miserablen Situation sich einige befinden und wie unattraktiv und unwirksam sie deshalb für viele benachteiligte junge Menschen sind. (Siehe dazu: Bericht über die Berliner Jugendfreizeitstätten, Teil BERLIN, S.)

Wie der "Bildungsbericht für Deutschland" entstand auch dieser Bericht im Kontext der Diskussionen um die Ergebnisse der PISA-Studie. Bildung und Kultur werden vornehmlich in Teil B behandelt. Es fällt auf, dass auch die Ausführungen über die außerschulischen Kinder- und Jugendhilfeaktivitäten (kulturelle Tätigkeiten, Teilhabe an gesellschaftlicher Öffentlichkeit) den (Persönlichkeits-)Bildungsaspekt betonen. Das zeigt sich besonders in den wiederholten Forderungen nach Ganztagskitas, Ganztagschulen, Ganztagsangeboten in den kulturellen Einrichtungen sowie nach entsprechender Qualifizierung der jeweiligen ErzieherInnen.

Der Bericht schließt insofern an den Grundgedanken des 10. Kinder- und Jugendberichtes an, als er Bildung im Kontext einer "Kultur des Aufwachsens" sowie des "lebenslangen Lernens" versteht, die er fordert, aber noch keineswegs hergestellt sieht. Die stellungnehmende Regierung teilt diese Forderung nach einem "umfassenden Bildungsverständnis" und fügt hinzu, dass "neue Fähigkeiten zur Persönlichkeitsentwicklung und zur Lebenskompetenz" (Stellungnahme, 9) entwickelt werden müssen.

Gegenstand des Berichtes ist nicht die Untersuchung der individuellen Bildungsprozesse, sondern der Institutionen und Strukturen. Bemerkenswert ist, dass die Autoren in mehreren Punkten darauf aufmerksam machen, dass in der BRD der Trend besteht, gesellschaftlich und strukturell verursachte Konflikte auf die betroffenen Personen und/oder deren Familien abzuschieben, sie also zu privatisieren. Das sind Vorgänge, an denen linke soziologische Forschung weiter arbeiten sollte, weil da Benachteiligungsmechanismen einsehbar sind und durchschaubar gemacht werden können.

Zu:Teil B.IV Bildungschancen und Herausforderung an Bildung (46f.; 153ff.)

Als "Maßstab für die Formulierung von Ansprüchen an die Erziehungs- und Bildungsinstitutionen und zur Entwicklung ihrer Leistungen" nennt der Bericht die "**Aussicht auf Bildungserfolg** unabhängig von Herkunfts- und Lebenslage." (11.KJB,1154; Hervorhebung R.U.) Dass es um den **Bildungserfolg** geht, ist in diesem Zusammenhang wichtig. Denn es gibt in der BRD einen hohen Versorgungsgrad an institutioneller Bildung, aber nach wie vor deutliche Unterschiede in den Bildungschancen, die sich am genauesten besten in den Bildungserfolgen messen lassen. Es gibt aber deutliche Unterschiede in der Schulbeteiligung - im Sinne von Beteiligtwerden - nach sozialer Lage, kulturellem Kapital und ethnisch-kultureller Herkunft, wenn auch nicht mehr durchgängig nach Geschlecht. Die Mädchen haben in der Schule deutlich aufgeholt, bei ihnen kommt der Knick beim Übergang ins, bzw. im Berufsleben. (11.KJB,155) Der Mangel an Schulbeteiligung ist bekanntlich im wesentlichen eine Folge

der Selektionsvorgänge im dreigliederten Schulsystem.² Es gab eine teilweise Chancenverbesserung für Kinder aus minderprivilegierten Milieus, einen unteren bis mittleren Bildungsabschnitt zu erreichen, aber die Bildungserfolgchancen haben sich in geringqualifizierenden Bildungsgängen verschlechtert. Das ist eine Folge des "creaming out"-Effekts, wie er hier genannt wird. (155)

Schulverweigerung ist ein anderes, wenn auch mit der Beteiligung verbundenes Problem. Die Spitze des Eisberges sind etwa 200.000 "Intensivschwänzer". Die Gesamtzahl von SchwänzerInnen wird nicht angegeben. Bildungsverweigerung ist nicht allein aus der sozialen oder ethnischen Herkunft zu erklären. Sie ist bei nicht-deutschen Kindern geringer als bei dem Durchschnitt der Schülerschaft. Im Bericht heißt es, die Verweigerer hielten die Schule für uninteressant und/oder angstausslösend, wobei nicht gesagt wird, ob die Ängste nur durch die Lehrkräfte und die Leistungsanforderungen entstehen, sondern auch durch die anderen Kinder. Tatsächlich nimmt die Zahl der psychisch gefährdeten oder bereits kranken Kinder zu. (Keine Zahlenangabe). Die Ursachen dafür liegen natürlich auch außerhalb der Bildungseinrichtungen. Aber dort treffen die Kinder zusammen. Die Forderung des Berichtes: Die Betreuungsmöglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe müssten erhöht werden.

Einer der Gründe für die Verweigerung ist die Erfahrung der Jugendlichen, dass Investitionen in den eigenen Bildungsgang sich nicht unbedingt auszahlen, obwohl erwiesen ist und den Kindern und Jugendlichen immer wieder mitgeteilt wird, dass es einen Zusammenhang zwischen höherem Bildungsniveau und höherem Lebensniveau gibt, vor allem für mehr Teilhabe an kulturellen Prozessen und für die Übernahme sozialer Verantwortung. (157f.) Insgesamt sind die Gründe für Verweigerung und psychische Störungen noch nicht genügend erforscht. (154) Hinzuzufügen ist, dass die Vorgänge noch nicht genügend als Teil der Transformations- und Globalisierungsprozesse erforscht worden sind. Beide Begriffe tauchen - nicht nur in diesem Bericht - eher als Bezeichnungen für ein nicht durchschautes Bedingungsgefüge auf.

Dem Bericht liegen etwa folgende Gedanken zugrunde:

Bildung dient der Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt und der Aneignung reflexiver und sozialer Kompetenzen. - Das Bildungswesen der BRD reproduziert noch immer und immer wieder soziale Ungleichheit. Der Staat muss garantieren, dass alle Kinder die Bildung erhalten, die zur Lebensbewältigung notwendig ist. Diese Selbstverpflichtung hat er im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts nicht eingelöst. Die Gesellschaft muss jetzt politisch darüber entscheiden, wie viel Solidarität sie sich leisten kann, wie viel Ungleichheit sie sich leisten will. (165) - Denn das vielbeschworene Ende der Arbeitsgesellschaft zeichnet sich nicht ab, wohl aber die Fortdauer der Arbeitslosigkeit sowie ein fortgesetzter Wandel in den Arbeitsbedingungen. Das stellt tradierte Normalitätskonzepte in Frage. Lebensbewältigung heißt in diesem Kontext, unsichere Lebenslagen und Unplanbarkeit zu ertragen, Patchwork-Lebensläufe zu meistern. Darauf muss moderne Bildung durch Kenntnis-, Verhaltens- und Orientierungsvermittlung vorbereiten. - Die wesentlichen Pflichten der Kinder- und Jugendhilfe liegen in

² siehe dazu: 1. Bildungsbericht und frühere Studien
isda – SBE 2003 im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung

diesem Bereich. - Jugendhilfe darf nicht nur eine Einrichtung für einzelne Gestrauchelte sein (also nicht nur Nachsorge), sondern sie muss ein fester Bestandteil der Begleitung sein, ganz besonders beim Übergang von der Schule zum Beruf (also: Prävention). - Jugendarbeitslosigkeit ist ein strukturelles Problem, das selbstverständlich nicht allein von der Kinder- und Jugendhilfe bewältigt werden kann. Aber ihr müssen mehr Möglichkeiten eingeräumt werden und sie selbst muss mehr Initiative ergreifen, um die Arbeitsmärkte regional mehr mitzubestimmen. - Notwendig ist, von zyklischen (Krisen-)Entwicklungen unabhängige Orientierungen für den Beruf schaffen und auf das Familienleben vorbereiten. - Die Kinder- und Jugendhilfe ist vor allem für die Kinder und Jugendlichen zuständig, die aus Milieus kommen, in denen all das oder zumindest Teile davon vernachlässigt werden. Um die Aufgaben zu realisieren, braucht es Räumlichkeiten, eine materielle und finanzielle Mindestausstattung sowie gut ausgebildete Fachleute, viel Zeit und dementsprechende finanzielle Mittel.

Da Kindheit und Jugend Lebensphasen des Wachsens und Reifens sind, die viel Zeit erfordern, spielt die Diskussion um Zeitressourcen in der Jugend- und Bildungsforschung gegenwärtig eine große Rolle. In diesem Bericht wird die Meinung vertreten, dass es weniger auf Verlängerungen der Bildungszeit als auf effektivere Zeitstrukturierungen ankomme, vor allem für solche Jugendlichen, die das im Familienmilieu nicht lernen. Deshalb die Forderungen nach Ganztagsangeboten.

Die rapide Wissensvermehrung hat gravierende Konsequenzen für den Bildungsprozess der Heranwachsenden. Es gibt viele Möglichkeiten, auf Wissensbestände zuzugreifen. Meistens beginnen sie (spielerisch) in den Familien und finden auch weiterhin dort statt (individuell oder häufiger mit Freunden). Benachteiligung besteht zu einen darin, dass in bestimmten Milieus sowie in den dazugehörigen (niederen) Schultypen der Zugang zu Computern und Internet und damit zu dieser Art von Ressourcen und Kompetenzen erheblich eingeschränkt ist. Zum anderen ist es so, dass die Zugriffe auf Wissensbestände durchgehend von den Jugendlichen selbstgesteuert sind. Besonders Heranwachsende in Familien mit geringem kulturellem Kapital müssen dabei unterstützt werden, die Massen von Informationen strukturieren und inhaltlich bewältigen, verstehen, deuten und werten zu lernen. Bisherige Erkenntnisse besagen, dass für die Bewältigung von Inhalten der Familienhintergrund bedeutsamer ist als die Schule. Das hat mit dem "obsoleten Wissenskanon" (156), aber auch mit dem obsoleten Wertekanon zu tun. Nach Aussagen des Berichtes schleichen sich tradierte Geschlechterrollen durch das Verhalten zu diesen technischen Geräten wieder ein. Obwohl die Mädchen im Schnitt bildungsmäßig an den Jungen zunächst vorbeiziehen, ist die Mediennutzung bei Mädchen geringer und weniger professionell. (...) Das betrifft besonders die nicht deutschen Mädchen (), aber auch die nicht deutschen Jugendlichen überhaupt.(156) Genaue Angaben werden dazu nicht gemacht. Dieses Verhalten wird im Bericht auch nicht diskutiert. Möglicherweise würde sich herausstellen, dass der zurückhaltende Umgang mit Medien bei einer großen Zahl von nicht deutschen aus einem noch funktionierenden Wertesystem resultiert, der aber nicht westlichen Auffassungen entspricht.

Die strukturellen Veränderungen in der Arbeitswelt bewirken neue Formen der Ausgrenzung, besonders bei jungen Menschen. (168) Dieser Bericht macht zu Recht darauf aufmerksam,

dass nach wie vor der Eintritt in Arbeit und Beruf ein Kristallisationspunkt für Lebensplanung und -biografien ist. Aber die Veränderungen machen neue Arten von Kompetenzen bei der Berufswahl notwendig. Kritisiert wird, dass dafür bisher keine Institution vorhanden ist. Folglich wird die Berufswahl in die Familien verlegt (privatisiert). Damit sind viele Familien überfordert.(166). Für Jungen und Mädchen hat die Berufswahl die gleiche Bedeutung für die Lebensplanung. Bei 15-17jährigen Mädchen ist sie sogar stärker. Aber sie nimmt - angesichts der Schwierigkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie - mit zunehmendem Alter wieder ab, während sie bei Jungen konstant bleibt. Auch das ist eine Privatisierung gesellschaftlicher Probleme, über die sich die Wiederherstellung der tradierten Geschlechterrollen einschleicht. Die meisten Jugendlichen - die Jungen ausdauernder als die Mädchen - halten trotz vieler Ablehnungsschreiben am "Ziel Arbeitsmarkt" fest. (166) Jahresweise gibt es unterschiedliche Ausbildungsangebote. Obwohl die Wirtschaft per Gesetz zur dualen Berufsausbildung verpflichtet ist (wie der Staat zur Schulbildung), verhalten sich die Betriebe "konjunkturgemäß". Der Bericht kritisiert zu Recht, dass die Forderungen der Politik an die Wirtschaft (bisher) lediglich Appellcharakter haben, auf Freiwilligkeit bauen und kaum Erfolge zeigen. (170) Die Konjunkturabhängigkeit der Ausbildungsmöglichkeiten zwingt viele Jugendliche, im besten Falle auf Ersatzberufe zurückzugreifen. Das wiederum führt zu vielen Ausbildungsabbrüchen. Etwa 10% der über 20jährigen sind ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Besonders benachteiligt sind die ostdeutschen Jugendlichen.(167)

Jugendarbeitslosigkeit ist in der BRD seit den 80er Jahren ein Dauerproblem. Die registrierte Erwerbslosigkeit nach der Ausbildung hat in den 90er Jahren noch deutlich zugenommen. Strukturelle Veränderungen in der Arbeitswelt bewirken neue Formen der Ausgrenzung, besonders bei jungen Menschen. Gleichzeitig nimmt, besonders in den Biografien von benachteiligten Jugendlichen, der Stellenwert Arbeit als notwendige Basis für einen normalen Lebensweg zu.(168)

Der Bericht listet Rechte zur beruflichen Integration junger Menschen auf, für deren Realisierung die Öffentlichkeit die Verantwortung wahrzunehmen hat. Es handelt sich Rechte die in auf unterschiedlichen Rechtsebenen (Menschenrechte, Bürgerrechte, Arbeitsrecht) verankert sind: Gebot zur angemessenen Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand; Recht auf freie Berufswahl; auf Erziehung und Bildung; Chancengleichheit, individueller und kollektiver Anspruch auf Arbeit für alle.

Der Bericht stellt fest, dass diese Verantwortung deutlich nicht genügend wahrgenommen wurde/wird und kommt in diesem Zusammenhang zu der bemerkenswerten Erklärung, dass sehr oft strukturell bedingte Schwierigkeiten der Integration in individuelle Problemlagen der Betroffenen umdefiniert, allenfalls auf ungünstige Sozialisationsverläufe geschoben werden. (169) Erwähnt wird, dass diese Umdefinition Auswirkungen auf die Jugendlichen, ihr Selbstbewusstsein und ihr soziales Verhalten hat. Nicht untersucht wird allerdings, wie diese Umdefinition in der Lebenspraxis funktioniert, wie sie beispielsweise im bürokratischen Dschungel durchaus als strukturelle Gewalt wirkt.

Zu: B.VI Kulturelle Vielfalt und kulturelle Praxis (180ff.)

Der Untersuchung dieses Abschnittes liegt ein relativ einfacher, von den praktischen Aufgaben und Zielstellungen der KJH geprägter Kulturbegriff zu Grunde: **Kultur** wird verstanden **als Identitätsfindung im Freizeitbereich**. D.h.: Es wird als gesichert angesehen, dass Kultur im weitesten Sinne und Künste (künstlerische Selbstbetätigung) wesentliche Auswirkungen auf das Selbstbewusstsein und das Sozial- und Politikverhalten der Jugendlichen und künftigen Erwachsenen haben. Abwesenheit naturgemäß ebenfalls.

Der Bericht geht davon aus, dass von Fehlen von Kultur nicht die Rede sein kann, sondern dass

1. Kinder und Jugendliche von der Kultur- und Freizeitindustrie als potente Käufergruppe entdeckt wurde, was durch die Verleitung zum Konsum negativ, durch die Vielfalt des Angebots aber positiv wirkt;
2. Kinder und Jugendliche mit vielfältigen kulturellen Praxen konfrontiert sind;
3. sie mit der Medienwelt aufwachsen und größere Möglichkeiten zu Information und Kommunikation haben als je eine Generation vor ihnen.
4. sich seit Jahren eine Jugendkultur entwickelt, die immer mehr an Bedeutung gewinnt:

Jugendliche sind Mitgestalter des öffentlichen Geschmacks;

sie haben eine ausgeprägtes "Körperinteresse", das sich in Outfit, Piercing, Sport bis zu Extremsportarten zeigt;

sie werden von unterschiedlichen Religionen (bis zu Sekten) beeinflusst;

sie beschreiten neue Wege der Identitätsbildung, z.T. in Gruppenzwang von Produktbesitz bis zu Kriminalität, wobei die Grenzen zwischen Recht und Unrecht fließend werden. (Werteproblematik!)

5. die große Auswahl von Möglichkeiten und das Entwicklungstempo neu sind; es gibt eine deutlich erhöhte Dynamik der kinder- und jugendkulturellen Praxen. (180)

Diese Entwicklungen sowie deren Ursachen werden in diesem Bericht nicht umfassend erörtert, sondern als so vielfältig bezeichnet, dass die Autoren nur zwei Felder zur genaueren Untersuchung ausgewählt haben, die für die KJH aktuell besonders wichtig sind:

Erstens: Kultureller Wandel durch Zuwanderung nach Deutschland;

Zweitens: Medien und neue Kommunikationstechnologien.(181)

Zu erstens. Die ethnische Pluralität der bundesrepublikanischen Gesellschaft ist nicht nur für viele Erwachsene, sondern bekanntlich auch für viele Jugendliche, gerade für Benachteiligte, schwer zu bewältigen. Einerseits entstehen unterschiedliche Jugendsprachen, Musikrichtungen, Ernährungsgewohnheiten, Statussymbole und ein Nebeneinander von zahlreichen kulturellen Szenen im gleichen lokalen und sozialen Raum. Andererseits sind Konflikte zum

Zugewinn von Rechten und Privilegien an der Tagesordnung. Gewalt ist bekanntlich in verschiedenen Gruppen erschreckend angewachsen. (Zahlen werden nicht angegeben).

Die Aufgabe der KJH ist es: **Möglichkeiten zu schaffen, in denen auch in der Freizeit "normale", konfliktreiche Formen des Zusammenlebens gelernt und praktiziert werden können**(181), was erfahrungsgemäß zur Verhaltens- und Persönlichkeitsbildung beiträgt.

Im Bericht wird vor allem das Praktizieren von gegenseitiger Toleranz und Akzeptanz der ethnischen Besonderheiten genannt, das vor allem die Fähigkeit fördert, Anderssein nicht als defizitär und angstaussend, sondern als bereichernd zu erleben. Sensibilisierung für die Werte des anderen sind angesagt. Sie sollte unbedingt schon in den Kitas begonnen und dann kontinuierlich durchgehalten werden. (188)

Nicht erwähnt wird allerdings, dass Defizite in der deutschen Sprache bei nicht deutschen Kindern fast immer gepaart sind mit der Beherrschung einer anderen Sprache und dass Mehrsprachigkeit da merkwürdigerweise nicht als Kompetenz gewertet wird - außer es handelt sich um Welt Sprachen (Englisch, Französisch).

Zu zweitens: Über die Mediennutzung auch in der Freizeit wurde oben (im Abschnitt zu Bildung) bereits das Wesentliche gesagt. Hinzuzufügen ist folgendes:

Telefon und SMS sind wichtige alltägliche Praxis und teilweise Statussymbol. Im Jahr 2000 besaß jeder 4. Jugendliche zwischen 12 und 14 Jahren ein Handy, mehr Jungen als Mädchen, mehr Aus- als Inländer, mehr sozial Schwache. Schon damals wurde ein rascher Anstieg der Zahlen beobachtet.(184)

Familien mit höherem Bildungsstand besitzen mehr Computer, Kinder haben da früher Zugang. Computern ist eine beliebte Freizeitbeschäftigung, im Jahr 2000 war es das für 35% der 14-20jährigen Jungen, für 7% der Mädchen. Jungen hatten mehr Beziehungen zu der Technik, Mädchen hatten mehr E-Mail-Kontakte. (184)

Der 13.Shell-Studie zufolge besaßen damals ca. 60% der deutschen und ca. 30% der türkischen Jugendlichen einen Computer. Es gab ein starkes Ost-West-Gefälle. Nicht Deutsche kommunizieren per Internet mehr ins Ausland. (185)

Durch die Medien ist der Zugang von Kindern und Jugendlichen zu Katastrophen, Kriegen u.ä. so zahlreich, schnell und bilderreich wie nie zuvor. (185)

Für die KJH bedeuten sowohl das "Crossing" und die Ausdifferenzierung verschiedener Lebensstile und -formen in Abhängigkeit von den sozialen Lebenslagen als auch das steigende Tempo bei der Veränderung (jugend)kultureller Prozesse erhebliche Herausforderungen. Da sich die Medien unabhängig von den jugendlichen Nutzerinnen entwickeln, müssen diese selbst die Kompetenzen erwerben. Dazu gebe es inzwischen viele Projekte und Material gibt. (186) Das erfordert seitens der in den Schulen und in der KJH tätigen Personen professionelles Können hinsichtlich der Medienerziehung. Dazu gibt es keine gesicherten Erkennt-

nisse. Klar ist nur, dass der in Erziehungsprozessen übliche Generationenvorsprung fehlt und dass Kinder und Jugendliche den ErzieherInnen in ihren Kenntnissen häufig voraus sind. Um so wichtiger wäre eine Qualifizierung in diesen Bereichen - nicht nur zur Bewältigung der Technik, sondern auch der Inhalte.(186) Der Bericht sagt in diesem Zusammenhang nichts zur Geschichte des Kampfes um die Medienerziehung der Erzieher, der politisch noch immer nicht beendet ist.

Insgesamt heißt die Frage nicht mehr: ob Computerarbeit, sondern wie für die Benachteiligten? Es gibt bereits Internet-Cafés und andere Projekte, auch sie sind datenmäßig nicht erfasst.

Zu: B.VII Teilhabe und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (191f.)

Der Bericht bezieht sich auf Ergebnisse der Jugendforschung. Sie hat herausgefunden, dass sich rd. 25% der Kinder und Jugendlichen politisch engagieren. Die Mehrzahl hat nur ein geringes Vertrauen in die Politik. Die Politiker werfen den Kindern und Jugendlichen Politikverdrossenheit vor. Die Jugendlichen dagegen fühlen sich mit ihren Ängsten und Problemen (Arbeitslosigkeit, soziale Bedrohungen) von den Politikern nicht ernstgenommen. (192) Sie identifizieren sich nicht mit dem System der Politik. Das Problem ist nicht nur die mangelnde Bereitschaft, sondern die Erfahrung der mangelnden Effektivität politischer Teilnahme. Aus der Sicht der Jugendlichen koppeln sich Gesellschaft und Politik von ihnen ab. Und nicht umgekehrt. (193)

Im Vergleich zu den 60/70er Jahren in der BRD und im Vergleich zur DDR hat sich die Situation Jugend grundlegend verändert. Neue Formen politischer Teilnahme müssen gefunden werden. Ein Vorschlag ist die Herabsetzung des Wahlalters. Aber das allein reicht nicht. Eine allgemeine politische Vorbereitung ist notwendig. Nach Ansicht der Autoren muss ein Kanon von Maßnahmen für eine dauerhafte Beteiligung von Kinder und Jugendlichen ausgearbeitet werden, der die Mitwirkung von Medien, Schule, Ausbildung, Studium, Beruf umfasst. Auch die Vereine müssen sich auf neue Arbeitsformen einstellen, weil sich die Lebensformen verändert haben. Flexibilität und Mobilität, notwendiger Wechsel des Ausbildungs- oder des Arbeitsortes führen oft zu Unterbrechung, bzw. Beendigung von Vereinsarbeit. Außerdem wird ehrenamtliche Arbeit angesichts berechtigter Existenzsorgen oft hintangestellt. Freiwilliges Engagement, so die Autoren des Berichtes, setzt soziale Integration und gesicherte materielle Existenz voraus. (195) Hinzuzufügen ist, dass es in dieser Hinsicht nur geringe Unterschiede zu den Erwachsenen gibt. Das sagen auch die Daten, die im Bericht angeführt werden: Jugendliche (14-24 Jahre) sind ehrenamtlich ebenso tätig wie der Durchschnitt der Bevölkerung bis 60 Jahren, was den Zeitaufwand betrifft, sogar mehr. Besonders Engagement zeigen sie in den Bereichen Sport / Bewegung(40%), Freizeit / Geselligkeit (19%), Schule / Kindergarten (16%), Kultur und Musik (13%), kirchlicher Bereich (6%). Dabei sind 49% in Vereinen, 24% in gesellschaftlichen Großorganisationen, 11% in Selbsthilfeorganisationen. (195) Diese Aktivitäten richten sich nicht auf die große Politik, sondern auf das unmittelbare Lebensumfeld der Jugendlichen. **Die Hoffnungen der Fachleute zielen deshalb auf die Kommunen.**

Die Autoren kommen zu folgendem wichtigen **Resümé: Jugendliche wollen Verantwortung übernehmen, aber nicht nur bei Krisenabwehr wahrgenommen und von den Erwachsenen nicht instrumentalisiert werden. Teilnahme darf nicht nur auf die symbolische Ebene verschoben werden. Die Jugendlichen müssen ernstgenommen werden und Wirkung zeigen können. Das bedeutet auch: Abbau struktureller Barrieren für Teilhabe und Beteiligung.**(197)

In dem Bericht wird bedauerlicherweise über die soziale Herkunft dieser engagierten Jugendlichen nichts gesagt. Aber es ist bekannt, dass engagierte Arbeit am wenigsten von Jugendlichen aus benachteiligten Milieus geleistet wird. (Mögliche Ausnahmen sind Sportvereine.) Die KJH hat den Auftrag, zur Teilhabe **aller** jungen Menschen an der gesellschaftlichen und politischen Bildung beizutragen; ihre Ansprüche in die öffentliche Diskussion zu bringen; ihre Interessen gemeinsam mit ihnen in der sich wandelnden Gesellschaft zu vertreten; eine politisch wirksame Beteiligungskultur zu initiieren; als Mittler gegenüber Politik und Verwaltung zu fungieren; Beteiligungsrechte zu formulieren.

Aber laut Bericht ist eine kontinuierliche und methodisch differenzierte Beteiligung (Einüben von Demokratie) selten anzutreffen, auch nicht in den Schulen.(197) Bei Sozial- und Jugendämtern haben Kinder und Jugendliche nur bedingt Mitspracherechte, bei Ablehnung bestimmter Angebote droht ihnen teilweise Entzug von sozialer Unterstützung.(202). Aber auch dazu gibt es keine genauen Daten. Für diese Altersgruppe existiert zwar eine regelmäßige Marktforschung, aber höchst selten etwas Vergleichbares hinsichtlich ihrer politischen, rechtlichen und kulturellen Bedürfnisse.(197)

Genau da liegen wichtige Arbeitsfelder für linke soziologische Forschung, Sozialberichterstattung eingeschlossen.

Aus der Studie zum Projekt „Sozialberichterstattung - Instrument solidarischer Sozialpolitik?“ für 2003: Mit Blick auf die sozial Benachteiligten - Analysen zur Sozialberichterstattung 2003

Kontakt: Institut für Sozialdatenanalyse Berlin; Franz-Mehring-Platz 1 * 10243 Berlin * Tel.: 030/29784141, Fax: - 4142 * isda@gmx.net